

Köhler, Hans

Article — Digitized Version

Über Freiheit oder Unfreiheit in der Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Köhler, Hans (1951) : Über Freiheit oder Unfreiheit in der Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 7, pp. 11-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131339>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

führung der SPD. herauslesen wollte. Das dürfte bestimmt nicht in der Absicht Fettes gelegen haben. Seine Äußerungen über den Schumanplan und die Remilitarisierung, die für diese Deutung herangezogen werden, scheinen wohl eher die positive Ergänzung zu den negativen Formulierungen des SPD.-Vorsitzenden zu sein. Vielleicht liegt die Bedeutung dieser Formulierungen weniger in der Kontroverse als darin, daß sie geeignet sein können, den in das gewerkschaftliche Denken sich leicht einschleichenden Parteidogmatismus aufzulockern und den Mut zu eigenem Nachdenken anzuregen.

Viel wichtiger und viel zu wenig beachtet scheinen mir die Äußerungen des neuen Vorsitzenden des DGB. über die Frage des Mitbestimmungsrechtes. Mit dem „unabhängbaren“ Kampf um das Mitbestimmungsrecht hatten sich die Gewerkschaften auf eine Barrikade gestellt, von der aus der Weg in schwerste soziale Auseinandersetzungen zu führen drohte. Die Definition Fettes kann eine Basis geschaffen haben, von der aus eine Durchführung er-

möglicht wird, ohne daß von beiden Seiten ein Prestigeverlust befürchtet zu werden braucht.

Trotz dieses Optimismus darf man nicht übersehen, daß die Ausführungen Fettes alles andere als kompromißlerisch waren. Und hier zeigt sich eine gewisse Enge und eine gewisse vielleicht notwendige Begrenzung des gewerkschaftlichen Denkens. Man hat das Gefühl, daß trotz aller wirtschaftspolitischen Weitsicht bei der Anwendung des Begriffs von der sozialen Partnerschaft doch wohl viel mehr an den sozialen Gegenspieler gedacht wird. — Gedacht wird! — Aber vielleicht soll man hier fragen, ob das bei der anderen Sozialpartei nicht häufig auch der Fall ist. Insofern wird die Gewerkschaftspolitik Interessenpolitik bleiben. Und das zeigt sich nur zu deutlich darin, wenn der Lohnkampf als alleiniges Mittel genannt wird, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung erfolgreich vorgehen zu können. Die Ausführungen Fettes zeigen leider — so vielversprechend sie auch in mancherlei Hinsicht gedeutet werden können — keine

Konzeption einer neuen Wirtschaftsordnung, wie sie einer wirklichen Sozialpartnerschaft entsprechen könnte. Aber das soll nicht heißen, daß sich nicht doch einmal von dieser Seite aus eine solche neue Wirtschaftsordnung abzeichnen könnte, die frei von der Bindung an parteipolitische und wirtschaftstheoretische Dogmen ist. Der freie Unternehmer sieht in einer ungebundenen Wettbewerbswirtschaft heute ebenso wenig das Heil wie der Arbeitnehmer in einer vollsozialisierten Gesellschaftsordnung. Immer mehr zeichnet sich im modernen Industriestaat ab, daß die Planwirtschaft keine Alternative zur Marktwirtschaft darstellt.

Vielleicht ist es im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie nicht einmal empfehlenswert, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich allzu sehr aus der Sphäre der Interessenvertretung freimachen würde. Bei der großen staatspolitischen Macht, die sie darstellt, muß sie sich jedoch dieser Grenze bewußt sein und neben ihrer Interessenpolitik eine lebendige Vorstellung vom Gesamtinteresse haben. (h)

Dr. Hans Köhler, Hamburg:

Über Freiheit oder Unfreiheit in der Wirtschaft

Die Spannung in unserem Warenaustausch mit dem Ausland, die sich hinter der internationalen Zahlungskrise abzeichnet, hat in weiten Kreisen der Unternehmer die Erkenntnis reifen lassen, daß die Renaissance des Liberalismus, die wir durch die sogenannte Liberalisierung seit der Währungsreform erleben, ausklingen muß: nicht deshalb, weil es vielleicht zweckmäßig sein kann, dieses System durch ein anderes zu ersetzen, das einen noch besseren Nutzeffekt verspricht, sondern weil die unerbittlichen Auswirkungen aus dieser Krise uns geradezu die Einsicht aufdrängen, daß das Verfahren eines zu unbekümmerten Warenverkehrs der Liberalisierung nicht mehr beibehalten werden kann. Wir wollen nicht verkennen, daß die Liberalisierung das Recht der Persönlichkeit auf Freiheit wieder eindrucksvoll bejahte und so die deutsche Wirtschaft aus ihrer Verkrampfung der durch den Krieg herbeigeführten Zwangswirtschaft befreite. Aber wir müssen uns heute doch ernstlich fragen, ob es richtig war, daß wir so handelten, wie wir es taten: daß wir die Freiheit zu sehr auspendeln ließen, um ein Extrem durch ein anderes abzulösen.

Dieses auch für die Wirtschaft so zentrale Problem der Freiheit können wir nicht dadurch erkennen, daß wir wie viele andere hinter dem Wort den Begriff

suchen, sondern wir müssen uns bemühen, das Problem abzugrenzen, um das es gegenwärtig hier geht. Der Begriff der Freiheit leitet sich aus der übergeordneten Erkenntnis des Grundsatzes der Individuation ab: daraus, daß alles Leben durch unsere Vorstellung in Raum und Zeit aufgeteilt, sich uns im Bereich des Anthropologischen als das Wirken der einzelnen Menschen äußert, die in der kurzen Zeit eines eigenen Bewußtseins aus ihren Impulsen nach Erfüllung im Leben streben. Es ist der Grundsatz, den die Philosophen schon seit den Scholastikern principium individuationis nennen.

Die Einsicht in diesen Grundsatz führt aber zu der Erkenntnis, daß die großen Aufgaben, die das Leben uns vielleicht aus dem Gedanken einer immerwährenden Schöpfung stellt, zuletzt mit den Impulsen des Ichbewußtseins der Einzelnen gelöst werden müssen und daß Freiheit nichts anderes bedeutet, als ihnen auch die Möglichkeit zu geben, sich aus dem Gefühl des eigenen Ich zu betätigen.

Unfreiheit als Problem des Ausgleichs

Wir wissen aber auch von den Philosophen, daß diese Art der Freiheit für das Leben als Ausdruck eines Willens zur Schöpfung immer eine große Gefahr ist,

HANSA-BANK

früher COMMERZBANK Gegr. 1870

Gewissenhafte Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte

HAMBURG 11 · NESS 7-9

Geschäftsstellen
in allen Teilen der Stadt

weil der Einzelne aus seinem Bewußtsein zumeist nur das eigene Ich und das Maßlose seiner Wünsche kennt und sich dadurch zumeist nicht genügend in die großen und einheitlichen Ziele der Schöpfung einordnet. Dadurch kann sich aber Leben in der Anarchie und dem aus ihr entstehenden Leid verlieren, anstatt einem über den Absichten der Einzelnen liegenden Werden zu dienen, wozu es bestimmt ist. Daraus leitet sich das Problem der Unfreiheit ab, die ihrem wahren Sinne nach nicht die Freiheit im Handeln der Einzelnen abtöten darf, sondern sie durch eine Synthese zwischen beiden, zwischen Freiheit und Unfreiheit, auf ein vernunftgemäßes Maß beschränken soll. Weil aber den Menschen die Impulse aus der Freiheit an sich schon mitgegeben sind, ist für uns das Problem der Freiheit weit mehr ein solches ihrer Beschränkung durch Unfreiheit.

Die Beschränkung durch Unfreiheit ist aber ausschließlich eine Aufgabe des menschlichen Geistes wieder bei Einzelnen, die hier den nötigen Ausgleich gegenüber den machtvollen Kräften aus der Freiheit dadurch schaffen, daß sie aus dem Gebrauch der Vernunft in Ähnlichem die Linien aufzeigen, innerhalb deren über menschliches Tun Künftiges sich formen soll.

Diese Synthese aber, die der Grundsatz der Individuation aufzeigt, muß so sein, daß dem Einzelnen immer noch genügend Raum für sein eigenes Wirken bleiben muß. Wir haben sogar als Postulat zu erkennen, daß es sich hier nicht um willkürliche Gradunterschiede handeln darf, deren Abgrenzung dem menschlichen Geist überlassen bleibt: die Beschränkung durch Unfreiheit muß so gering wie nur eben möglich sein, um den Vorteil aus den Antriebskräften bei den Einzelnen sich voll entfalten zu lassen.

In dieser Aufgabe aber einer Beeinflussung des menschlichen Lebens durch Unfreiheit innerhalb von Ähnlichem drückt sich der Sinn der staatlichen Führung aus, und zwar aus der Erkenntnis, daß die Aufgabe des Staates allein darin besteht, unser Handeln immer auf die übergeordneten Ziele der Schöpfung auszurichten.

Freie Wirtschaft oder Planwirtschaft?

Beschränken wir aber dieses Problem auf die Wirtschaft, so müssen wir feststellen, daß man hier um die Frage der Freiheit und Unfreiheit nach wie vor leidenschaftlich streitet: aber fast immer auf der gleichen Ebene, wo nicht tief genug nach den allgemeineren Fragen unseres Daseins geforscht wird, und weshalb auch die Einsichten so wenig zu einer Verständigung führen können. Wir werden aber mit Überzeugung sagen müssen, daß es eine völlig freie Wirtschaft aus den Erwägungen der Vernunft nicht

geben kann. Eine solche Wirtschaft bedeutet Anarchie, in der das Recht des Stärkeren die Positionen der Macht, von denen Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen schreibt, besetzt. Auch die Wirtschaft muß in die übergeordneten Normen einer staatlichen Führung sich einpassen, damit sich das Tun der Einzelnen ihres Bereichs zu einer befriedigenden Einheit verbindet.

Wir können die Tätigkeit der staatlichen Führung, nämlich durch Normen Ähnliches für künftige Gestaltung aus menschlichem Handeln vorzuschreiben, auch Plänen nennen, so daß Wirtschaft letztlich immer nur Planwirtschaft sein kann.

Aber vor allem gilt auch für sie das Postulat einer gleichzeitig weitgehenden Freiheit. Wir bejahen daher auch den Gedanken der Marktwirtschaft und lehnen ihn nicht als etwas Gegensätzliches zur Planwirtschaft ab, ohne daß wir uns damit an Worte klammern wollen. Aber auch die Marktwirtschaft kann nur als ein Teil der Planung für das Ganze begriffen werden, die sich nur insoweit nach den Regeln des Marktes entfalten darf, wie ihr diese Planung keine Grenzen setzt.

Liberalisierung als unzureichende Planwirtschaft

Stellen wir uns aber die Frage, ob es in der Zeit der Liberalisierung seit der Währungsreform tatsächlich an jeglicher Planung gefehlt hat, so müssen wir diese Frage verneinen. Wir hatten auch in dieser Zeit keine freie Wirtschaft, sondern eine Planwirtschaft. Die Frage, die wir daher zu untersuchen haben, ist die, ob es genügte, was die staatliche Führung auf dem Gebiet der Wirtschaft als Maßnahmen der Planung veranlaßt hat.

Wir möchten die Auffassung vertreten, daß sie nicht ausreichten, weil die Regierung sich nicht von der Auffassung aus einer weit zurückliegenden Zeit trennen konnte, daß alle Planung sich auf Maßnahmen der Geldpolitik und Finanzpolitik beschränken müsse. Aber selbst hierbei wurden nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt. So lehnte man den Weg einer maßvollen Kreditschöpfung wegen ihrer Tendenz zur „Inflation“ ab, ohne die wirklichen Gefahren in dieser Richtung abzuschätzen.

Ein großer Nachteil einer solchen Beschränkung liegt vor allem schon in ihrer Einseitigkeit, womit die Regierung ihre Politik zu einem Dogma machte: anstatt Phantasie und Denken zuzumuten, sich beweglich mit allen Möglichkeiten des Planens den jeweiligen Zeitverhältnissen anzupassen. Dort, wo die Überlegenheit des Geistigen die Dinge formen sollte, verließ man sich auf die Faustregeln der monetären Möglichkeiten einer Beeinflussung, die uns die Vergangenheit über-

liefert hat. Wir wollen damit nicht die Bedeutung solcher Maßnahmen verkennen, aber sie allein genügen in der heutigen Zeit nicht mehr, um mit ihnen die Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik zu meistern.

Wenn wir das Dogmatische der Liberalisierung beanstanden, so lehnen wir damit das Dogma nicht schlechtweg ab. Es muß sich aber auf Erkenntnisse stützen, die auch durch Gesetzmäßigkeit des Ontologischen das Einseitige zulassen. Das gilt aber nur für die ganz weiten Abstraktionen. Die Erkenntnis, daß Freiheit immer durch Unfreiheit begrenzt werden muß, ist beispielsweise so umfassend, daß wir sie unbedenklich ontologisch nennen und daher aus ihr ein Dogma begründen können. Alles aber, was in der Richtung auf die Praxis (auf das Geschehen im Einzelnen) dazwischen liegt, geht den Weg über Ähnliches, das beweglich (relativ) sein muß und daher nicht in einem Dogma erstarren darf; denn es ist der Sinn unseres Daseins, daß über menschliches Tun immer neue Formen der Gestaltung gesucht werden sollen. Eine staatliche Führung also, die auch das dazwischen liegende Ähnliche zum Dogma erheben möchte, etwa dadurch, daß sie sich auf bestimmte Formen des Planens festlegt, kann mit ihrer Aufgabe niemals fertig werden, und für sie gilt der Vorwurf, den Burckhardt einmal in die klassischen Worte „terribles simplificateurs“ gekleidet hatte.

Hinzu kommen Einwendungen viel realerer Art. Wir haben uns schon seit langem zu sehr daran gewöhnt, die Dinge der Wirtschaft immer nur über den Schleier des Geldwesens zu sehen, und ein bekannter Betriebswirtschaftler (Walb) hat schon einmal auf die Gefahr einer solchen Blickrichtung hingewiesen, die die Verbindung zu dem wirklichen Untergrund aller Wirtschaft zu oft verliert.

Die einseitige Ausrichtung der Planung durch die Liberalisierung wird wesentlich von einem solchen geldmäßigen Denken beeinflusst. Es ist ein besonderer Vorteil unserer hochentwickelten Wirtschaft, daß sie durch die Größen unseres Geldwesens in ihrem Ablauf weitgehend vergleichbar gemacht wird. Aber es ist für die Erkenntnis gefährlich, wenn sie immer den Umweg über die Geldrechnung wählt. Auch darin liegt eine Einseitigkeit, die zu groben Fehlschlüssen führen kann. Die Planung sollte daher viel mehr als bisher in Gütern denken und die rechnerischen Größen aus dem Geld als das werten, was sie in Wirklichkeit sind: Fiktionen, die dem Warenlauf folgen, um ihn zu begünstigen, die aber an sich keinen Sinn haben.

Damit hängt ein letzter Einwand zum Dogmatischen der Liberalisierung zusammen. Eine Ausrichtung der Planung allein nach den Möglichkeiten aus der Geld- und Finanzpolitik muß immer dazu führen, daß die eigentliche Führung zu stark von den Geldinstituten und auch von der Finanzverwaltung geformt wird und sie zuletzt denen entgleitet, die für das Planen zuständig sein sollten, weil sie allein die Einsichten über ein Planen haben können, das sich von den Vorgängen des Geldwesens auch genügend löst.

Und die Bürokratie

Keine staatliche Führung ist denkbar ohne Staatsapparat, in dem sich die Bürokratie repräsentiert, und die durch abnehmende Abstraktion die Normen der Regierung der Entwicklung im Einzelnen anpaßt. Es wird in den meisten Untersuchungen über den Ablauf der Wirtschaft viel zu wenig untersucht, welchen Weg der Staatsapparat gegangen ist; denn es ist keineswegs immer so, daß er willig den Absichten seiner vorgeordneten Stellen folgt.

Untersuchen wir aber die Frage, wie die Bürokratie sich in die Absichten der Liberalisierung einordnete, so müssen wir feststellen, daß sie immer nur zögernd dem ihr von der Regierung aufgezeigten Weg folgte und innerhalb ihrer eigenen Zuständigkeit, die ihr noch aus Resten nicht geänderter Bestimmungen verblieben ist, oder auch nur durch Auslegung eine deutliche Tendenz zur Fortführung der Zwangswirtschaft, an die sie sich gewöhnt hatte, zeigte. Wir erinnern in diesem Zusammenhang etwa an die Regelung bestimmter Importfragen, wo sich auf diese Art teilweise eine übermäßig starke Bevormundung, verbunden vor allem mit einer weitgehenden Zentralisierung auf die Stellen des Ministeriums, bemerkbar machte. Wir mußten daher oft auch ein großes Mißverhältnis zwischen den Absichten des Ministers und seinem Apparat feststellen, wobei wir glauben, der Bürokratie sagen zu müssen, daß sie nicht immer die Wege einer ausreichenden Freiheit aus dem Grundsatz der Individuation gefunden hat, und daher der Eindruck der Uneinheitlichkeit entstehen mußte: weil die Verwaltung zu wenig zuließ dort, wo der Minister zu großzügig war.

Diese Einstellung des Staatsapparats drückt sich vor allem auch in einer teilweise sehr weitgehenden Bevormundung der Länderverwaltungen durch Einzelanweisungen aus. Es ist ein ernstes staatsrechtliches Problem zu untersuchen, ob eine solche Ausweitung des Anweisungsrechtes noch mit Art. 85, Abs. 3 des Grundgesetzes vereinbar ist.

Das ist aber ein ernstes Problem für die Zukunft. Wenn wir jetzt die neuen Wege der Wirtschaftspolitik aufzeigen, wird es dringend notwendig, daß auch die Verwaltung willig und aufgeschlossen folgt. Aber darüber möge man sich auch Gedanken machen, daß eine planende Tätigkeit der von uns aufgezeigten Art ganz andere Anforderungen an die Verwaltung stellt, als wenn man glaubt, mit den Faustregeln der Geld- und Steuerpolitik auszukommen, oder Planung der Zwangswirtschaft gleichsetzt.

Aus dem Aspekt des Außenhandels

Es ist kein Zufall, wenn gerade die Spannungen im Außenhandel das Unzulängliche der Liberalisierung aufzeigen mußten. Denn Westdeutschland ist ein Gebiet, das aus sich selbst, also aus den Kräften seines eigenen Lebensraumes nicht existieren kann und daher durch Außenhandel seine Arbeitskraft gegen die Güter des täglichen Lebens eintauschen muß.

In dieser Abhängigkeit hat sich der Westen schon immer befunden, aber er konnte früher doch immer mehr die Möglichkeiten eines Austausches mit dem Osten seines eigenen Landes ausnutzen, die heute verloren gegangen sind. Seine Lage hat sich darüber hinaus noch wesentlich dadurch verschärft, daß der Westen einen großen Teil der Bevölkerung aus den Gebieten des Ostens bei sich aufnehmen mußte. Jedenfalls müssen wir heute sagen, daß das Problem des Außenhandels das Gesicht unserer Wirtschaft breit überlagert.

Dabei wollen wir aber vor allem nicht übersehen, daß auch die Dinge des Außenhandels für uns zuletzt immer Probleme unserer Innenwirtschaft sind; denn

die Frage der Beziehungen der Staaten untereinander ist letztlich ein Problem der Führung gegenüber ihren Angehörigen, selbst dann, wenn die Staaten als Einheiten ihre Interessen über Staatsverträge ausgleichen. Auch hierbei ist Führung nach außen in Wirklichkeit Führung nach innen derart, daß ein Handeln der Einzelnen auf die gemeinschaftlichen Ziele herbeigeführt wird. Doch das ist es hier nicht allein. Auch der Außenhandel muß sich zuletzt immer in die Planung für das Ganze des Staates einordnen: aber bei unserer starken Abhängigkeit vom Ausland ist es notwendig, die Planung weitgehend aus den Gesichtspunkten des Außenhandels abzugrenzen.

Das Fiasko der Liberalisierung

Die Bundesregierung hat dem Außenhandel im Zuge ihrer Maßnahmen weitgehend die Freiheit wiedergegeben. Und das war richtig; vor allem auch, um der Mentalität im Ausland entgegenzukommen. Aber auch hier lag das Problem in der Unzulänglichkeit der planenden Maßnahmen, welche nicht mehr als eine bestimmte monetäre Beeinflussung wollten.

Daß eine solche Führung nicht ausreichen konnte, vor allem nicht dann, als die Zuschüsse aus den Marshallplangeldern zu Ende gingen, hat die schon seit langem latente Krise in unserem internationalen Warenverkehr gezeigt, die man bis heute noch glaubt, mit den unzulänglichen Maßnahmen der Geldpolitik aufzufangen. Aber hier haben sich die Anordnungen über Bardepot, Kreditrestriktionen und andere als eine besonders schwierige Belastung für die Unternehmer ausgewirkt, die auch allmählich anfangen einzusehen, das ohne genau ausgewogene Rangordnungen aus der Blickrichtung der gesamten Wirtschaftspolitik die schwierigen Probleme des Außenhandels nicht gelöst werden können.

Das Fiasko aber drückt sich in dem Einfuhrstopp aus. Man sage nur nicht, der Einfuhrstopp sei eine planende Maßnahme. Er ist der rücksichtsloseste Eingriff einer Wirtschaftsführung, die mit den Möglichkeiten aus ihrer Planung am Ende ist, und die auf dem Höhepunkt einer Krise keinen besseren Ausweg mehr kennt. Daß ein solcher Stop sich nicht allein auf die deutsche Innenwirtschaft schwer schädigend auswirkt, sondern auch unser Prestige im Ausland mindert, hat die jüngste Entwicklung eindrucksvoll gezeigt.

Es ist daher klar, daß es so nicht weitergehen kann wie bisher. Die staatliche Führung wird sich auf dem Gebiet des Außenhandels auch nicht damit trösten können, daß künftig die anderen Staaten der Europäischen Wirtschaftsunion und nicht zuletzt auch unsere Vertragspartner aus dem Handelsabkommen zunächst jetzt einmal selbst dazu übergehen müssen, einen freien Handel im Sinne des Dogmas der Liberalisierung aus ihren Möglichkeiten zu sichern. So einfach sind die Dinge nicht zu lösen. Wenn das Ausland dem Vorgehen der Bundesregierung und auch den Vorschlägen der Wirtschaftsunion nicht genügend gefolgt ist, so scheint es, daß dort vielleicht eine andere Vorstellung über den Sinn eines vernunftgemäßen Planens besteht, ohne daß darüber so viel geredet wird wie bei uns.

Das Problem der Handelsverträge

Wir stehen also heute am Wendepunkt und müssen uns zu der Einsicht bekennen, daß die Liberalisierung zu Ende gehen muß, nicht so, daß wir unsere Freiheit wieder verlieren, aber doch so, daß sich die Impulse aus dem Persönlichen durch ein ausreichendes Planen wieder zusammenfinden, wobei wir vor allem erkennen wollen, daß der Außenhandel zwar das Vorrecht hat, aber doch immer nur ein Teil des gesamten Wirtschaftens sein kann.

Auf einer solchen Linie sind künftig auch die Handelsvertragsverhandlungen zu führen. Wir werden es niemals verhindern können, daß durch Vereinbarungen über den Austausch von Waren keine unbedingt lebensnotwendigen Güter nach Deutschland eingeführt werden, und es ist reichlich primitiv, wenn beispielsweise ein englischer Journalist allein aus der Blickrichtung der unbedingten Notwendigkeit glaubte, die deutsche Wirtschaftspolitik der Vergangenheit kritisieren zu können. Wenn wir deutsche Fertigerzeugnisse exportieren wollen, müssen wir auch die Güter der Gegenseite abnehmen und können uns nicht nur danach richten, ob sie alle für uns unbedingt lebensnotwendig sind oder nicht. Aber wir werden bei der augenblicklichen Lage unserer Wirtschaftspolitik immer versuchen müssen, den Gedanken so weit wie nur eben möglich durchzusetzen, daß die Rangordnungen unserer deutschen Wirtschaft eingehalten werden.

Außenhandel ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, und die Ausfuhr muß unfrei bleiben, solange die Einfuhr nicht auch frei ist. Die Grundlage für eine vernunftgemäße Befreiung auf beiden Seiten wären die Handelsverträge gewesen, vielleicht mit etwas mehr Zurückhaltung auf der Linie der Abkommen mit Dänemark, Holland, Frankreich, Schweden u. a. Der große Dammbruch mußte aber eintreten, als die Bundesregierung mit Bekanntmachung vom 30. Okt. 1949, unabhängig von den Handelsabkommen für eine übermäßig große Anzahl von Waren, von sich aus die freie Einfuhr aus den Marshallplanländern zuließ. Diese Freiliste wurde von dem Gedanken einer Freiheit um jeden Preis getragen, weil eine solche Freiheit in der Sitzung der Organisation für Europäische Wirtschaft in Paris am 13. 10. 1949 empfohlen worden ist. Sie hat aber die latente Krise in unserem Außenhandel eingeleitet, und hier wird man aus der Blickrichtung einer Gesamtplanung zuerst beginnen müssen, um ihn in die richtigen Bahnen zu lenken.

Die Dogmatiker der Liberalisierung sollen uns aber nicht mit dem bekannten Einwand beruhigen, daß die augenblickliche Lage, die man so gern mit dem Wort Korea verbindet, als außergewöhnlich angesehen werden müsse, um ihr Dogma zu einem späteren Zeitpunkt wieder hervorzuholen. Im Bereich unserer Überlegungen gibt es noch lange keine Gesetzmäßigkeit, sondern der dauernde Wechsel im zeitlichen Ablauf des Geschehens erklärt sich gerade aus dem Grundsatz der Individuation, und das, was die Einseitigkeit der Liberalisierung außergewöhnlich nennen möchte, ist die Regel. Das Problem ist hier ein ganz anderes; es besteht darin, daß die Verhältnisse in bestimmten Zeitabschnitten es der staatlichen Führung ermöglichen, den Rahmen für die Freiheit der Einzelnen innerhalb des Planens enger und weiter zu fassen, wobei hinsichtlich der Freiheit immer das Optimum anstreben müssen. Aber aus dem Gebrauch der Vernunft soll immer der Gedanke eines Planens vorherrschen, der auf die primitiven Verfahren der Geld- und Finanzpolitik sich nicht einseitig festlegen darf.